

# Textilarbeiter, heraus zum Kampf!

## Wie die Bewegung der Textilarbeiter geführt werden muss

Diese Woche werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Verhandlungen über die Lohnarträge in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie beginnen. Bislang hat der Deutsche Textilarbeiterverband offiziell keine Forderungen noch nicht bekanntgegeben. Indessen sind in verschiedenen Orten und Konferenzen Forderungen an den Verband aufgeworfen worden. So haben die Bezirksversammlungen des DTV in Chemnitz, sowie die Branchen der Fabrikarbeiter und Gewerbe eine Erhöhung der Löhne um 25 Prozent gefordert. In Thüringen ist beschlossen, dass die oberen Lohngruppen 25 und für die unteren bis 50 Prozent zu fordern. In Niedersachsen verlangten die Textilarbeiter eine Lohnerschöpfung um 25 Prozent bei Angleichung der unteren an die oberen Gruppen, um eine Erweiterung der Spanne zwischen den einzelnen Lohngruppen zu verhindern. Eine in Leipzig stattfindende Sachsen-Thüringer Konferenz der Betriebsräte, also der Handwerker u. w., in der Textilindustrie beschloss eine allgemeine Lohnerschöpfung um 15 Pfennig, und zwar für alle Gruppen, zu fordern, also eine Rückicht auf die gegenwärtige Lohnhöhe in den einzelnen Lohngruppen.

Man sieht auf den ersten Blick, dass die Forderungen in grundsätzlicher und deshalb natürlich auch in ihrer Auswirkung auseinandergehen. Um so mehr ist es notwendig, dass die Textilarbeiter hier werden müssen unter einen einheitlichen und richtigen Weg, den sie in die Frage der Lohnforderungen beschreiten müssen.

Bislang war es Uebung, dass prozentuale Lohnforderungen — das letztemal 15 Prozent — gestellt wurden. Die jährliche Übertragung solcher allgemeinen prozentualen Forderungen auf alle Gruppen hatte natürlich zur Folge, dass die Lohnerschöpfung in ihrer vollen Auswirkung nur die obere Gruppe traf, während bei den übrigen prozentual abwärts gestellten Gruppen, insbesondere bei den Frauen und Jugendlichen, die faktische Erhöhung oft nicht einmal die Hälfte der Erhöhung in der oberen Gruppe ausmacht. Auf die Dauer hat dieses System natürlich zur Folge, dass die Spanne zwischen den einzelnen Lohngruppen bei jeder Lohnerschöpfung erweitert wird und so die niederen Gruppen immer mehr ins Hintertreffen geraten. Bei Frauen und Jugendlichen kommt noch hinzu, dass sie oft nur ein Drittel der Forderung der betreffenden Männergruppen erhalten, im höchsten Falle (Weberinnen) 85 Prozent. Und gerade die Frauen und Jugendlichen machen die Mehrheit der in der Textilindustrie Beschäftigten aus!

Die Tatsachen gelten es, bei der Aussicht von Forderungen in der gegenwärtigen Lohnbewegung zu beobachten. Unter allen Umständen muss verhindert werden, dass die Spanne zwischen den einzelnen Gruppen erweitert wird. Dazu gilt es, daher zu wirken, dass endlich die Spanne zwischen den Männer- und Frauenlöhnen im Sinne der Forderung: Gleichstellung der Frauen mit den Männerlöhnen, befehligt, zumindest aber ganz bedeutend verengt wird. Bislang hat sich der Textilarbeiterverband um die Aufstellung dieser Forderung immer geärgert, obwohl es in seinem Statut programatisch verankert ist.

Der Grundriss einer prozentualen Lohnerschöpfung darf deshalb nur für den Spinkenlohn gelten, während bei den übrigen Gruppen der vollen in Pfennigen umgerechnete Betrag der prozentualen Erhöhung des Spinkenlohns in Reihen kommen muss. Dieser grundsätzliche Forderung ist der Vertrag des Leipziger Konferenz der Betriebsräte am nächsten gekommen. Die Beschlüsse des DTV in Thüringen und Sachsen gehen in ähnlicher Richtung.

Praktisch ergibt sich bei der Grundideelegung dieser grundhaften Forderung folgendes:

Wenn man die Forderung der Leipziger Konferenz auf gesetzliche Erhöhung der Löhne aller Gruppen um 15 Pfennig ansetzt und anwenden würde auf den Tarif der Raumgruppenverein, dann würde dies eine Erhöhung des Bruttogehaltslöhnes, nach dem sich im prozentualen Verhältnis die Löhne der einzelnen Gruppen regeln, um etwa 10 Prozent bedeuten. Die Forderung einer 10prozentigen Lohnerschöpfung gilt aber wohlgemerkt nur für den Allfotogehaltslohn. Für die Gruppen unter 20 Jahre gilt vielleicht die Forderung einer Lohnerschöpfung um 15 Pfennig, wenn die Anwendung der Forderung einer 10prozentigen Lohnerschöpfung auch für diese Gruppen würde sie entsprechend der prozentualen Abmilderungsstufung weniger als 15 Pfennig erhalten und damit das alte Ideal der Erweiterung der Lohnspanne zwischen den einzelnen Gruppen fortgesetzt werden.

Die größte Energie muss die Forderung einer Belebung haben. Verminderung der Spanne zwischen Männer- und Frauensätzen verhindern werden. Eine Herabdringung der Frauensätze bis zu 90 Prozent an die Männersätze ist das mindeste, was erreicht werden muss.

Weiter ist notwendig, dass die neuen Lohnarträge unter keinen Umständen mehr auf lange Dauer abgeschlossen werden dürfen. Die Verkürzung der Lebenshaltung wird anhalten und wir haben es ja auch erlebt, dass die geringen Lohnerschöpfungen, die in den letzten Lohnbewegungen erreicht werden mussten, weniger Wochen von den rasch steigenden Preisen aufgeholt wurden. Weiche Gefahren in dieser Beziehung von Seiten der Reformisten drohen, zeigt mit alter Deutlichkeit der Abschluss des Lohnartrags in den sächsisch-thüringischen Webereien, auf den wir unten noch näher eingehen werden und der die ungeheurende Laufzeit von 12 Monaten hat. Bis zum 30. September sollen sich die Weber mit einer Lohnerschöpfung von 5 Pfennigen begnügen. Ein betrügerischer Tarifabschluss, der den Textilarbeitern jede Aussicht einer Konjunktur verbietet, ist ein einfacher Standard um so mehr, als er durch freie Vereinbarung zwischen den Parteien eingetragen ist. Die wirtschaftsfriedliche Praxis der reformistischen Bureaucratien erlaubt hier im hellsten Lichte. Um so energischer müssen die Textilarbeiter loschen. Sonderten der DTV-Bureaukratie entgegneten. Keinesfalls dürfen die neuen Lohnarträge eine Laufzeit über den Beginn der Frühjahrsession hinaus haben. Der 31. Januar 1928 als Ablaufsatz ist das mindeste, was die Textilarbeiter fordern müssen.

Wie schon eingangs erwähnt, sind die endgültigen Forderungen des Verbandes noch nicht offiziell bekanntgegeben worden. In verschiedenen Orten, wie Chemnitz, haben die reformistischen Führer die von den Textilarbeitern aufgestellte Forderung von 25 Prozent anerkannt. Aber die Textilarbeiter dürfen sich nicht darüber täuschen, dass mit der Annahme solcher Forderungen durch die reformistischen Führer noch viel gewonnen ist. Denn entschieden ist, dass sie auch bei den Verhandlungen aufrecht erhalten werden. Und hier haben die reformistischen Führer, durch den Abschluss des sächsisch-thüringischen Webereistaats, ihnen die Linie angezeigt, die sie bei den Verhandlungen beschreiten werden. Man muss dabei begreifen, dass bei den letzten Lohnabschlüssen, die ja in ungefähr der gleichen Höhe des jetzigen Abschlusses für die Webereien bewegen, die Reformisten noch insofern den Standard des Widerstandes gegen die Unternehmer wählten, als sie es auf einen Schiedsspruch ankommen ließen. Das ist ihnen nun offenbar auch als überflüssig erschienen, und so nahmen sie die vom Projekt, die sie vor wenigen Wochen noch ablehnten, freiwillig an. Keine Komplikationen,

fanden, kein Kampf, das ist die Deville, unter der die reformistischen Gewerkschaftsführer die Lohnbewegung geführt haben.

Es ist daher klar, dass die reformistischen Führer alles anstreben werden, um einem Kampf auszuweichen. Es ist auch von Seiten des Verbandes nichts unternommen worden, um die unerlässlich notwendige Mobilisierung der Textilarbeiter in den Betrieben vorzunehmen. In der letzten Arbeiterversammlung gelang es in Chemnitz, dank dem Drängen der Opposition, Betriebsversammlungen durchzuführen, und wie haben erlebt, dass diese Betriebsversammlungen eine gute austrärende Wirkung unter den Textilarbeitern ausgelöst haben, indem in allen wesentlichen Betrieben die Einführung des Arbeitstags durch Verlassen der Betriebe nach zwölf Stunden beschlossen wurde. Es steht auch zweitens fest, dass wenn diesmal in gleicher Weise vorgegangen wird, ähnliche Wirkungen eintreten werden. Deshalb müssen umgedreht in allen Betrieben Versammlungen stattfinden, in denen die Kampfbereitschaft zur Durchsetzung der bestehenden Lohnforderungen zum Ausdruck kommen muss.

In den Versammlungen muss auch zur Frage der Lohnforderungen selbst Stellung genommen werden, und zwar in der vorstehend bezeichneten Weise.

Die Textilarbeiter dürfen nicht im unklaren darüber sein, dass eine Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen nur im Kampf möglich ist. Und wenn die reformistischen Führer, wie zu erwarten ist, mit dem alten Maßstab von schlechten Organisationsverhältnissen kommen werden und möglicherweise auch die starke finanzielle Anspruchnahme des Verbandes durch die Kämpfe im Rheinland, in der Pfalz und im Norddeutschen Wollanzen ins Feld führen,

dann sei ihnen schon jetzt darauf erwidert, dass es trotz des schlechten Organisationsverhältnisses möglich war, die Arbeiterversammlung gerade in dem so schlecht organisierten Chemnitz so glänzend vorwörtszutreiben. Auch der finanzielle Einwand kann nicht verlangen. Es ist heute leider Gewerkschaft möglich, einen großen Kampf aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Aber muss deshalb ein Kampf unmöglich sein? Keineswegs! Es gibt noch ein Wort in der Arbeiterversammlung, an das die Reformisten allerdings so wenig wie möglich denken. Dieses Wort heißt: Solidarität. Wenn die Arbeiterschaft solidarisch handelt; wenn alle Gewerkschaften und überknüpft die ganze Arbeiterschaft den Kampf der Textilarbeiter materiell unterstützen; wenn die Gewerkschaften in Proletariatskolonnen des Proletariats gemacht werden, dann sind die besten Garantien für die endgültige Sicherstellung des Kampfes gegeben. Textilarbeiter, denkt daran, dass der beispiellose Kampf der Textilarbeiter im Oelsnitz-L. B. nutzbar ist dank der wirtschaftsvorbildlichen Solidarität der Arbeiterschaft und der Sympathie der kleinbürgertlichen Geschäftswelt!

Der Lohnkampf der Textilarbeiter ist nicht auf Sachsen und Thüringen beschränkt. Gleichzeitig laufen nämlich auch die Lohnarträge in Nordhessen, Westfalen und einigen anderen Tarifbezirken ab. Alle diese Lohnbewegungen müssen zusammengeführt und zu einer allgemeinen Kampffront gegen das Textilkapital formiert werden.

Deshalb: in allen Betrieben sofort zusammentreten und Kampf- und Lohnforderungen stellen. Nur durch Kampfsolidarität können das Textilkapital auf die Knie gezwungen werden!

## Einbrücke aus Gosseburg

Von Arthur Koch (SPD), Wiesbaden.

Wir entnehmen den nachfolgenden Artikel des Einheit vom 15. Oktober 1926, S. 12, 18. Wir haben keine Bedenken, Arthur Koch, Wiesbaden, von 1926 zu unserem Mitarbeiter zu erheben, strafe doch dieser Koch von 1927 einen erbärmlichen Schwund, enthielt doch hier einer den Typ und Charakter sozialdemokratischer Führer und Soldaten. Unseren Genossen und Freunden überlassen wir die Auswirkung. Wir hoffen, dass Koch ein Aufsatz sein wird, nun erst recht Unterstützer für die Ruhlanddelegation zu sammeln.

Unter dem Jantetregime war Ruhland dasjenige Land, wo der entartete Kapitalismus der ganzen Welt brutal und rücksichtslos herrschte, wo die Arbeiter und Bauern lange Jahre mit der Knute niedergehalten wurden. Ost, unter schweren Umständen, aber von dem Geist eines hohen und heiligen Idealismus getragen, verjüngten sie, diejenigen doch abzuschütteln, welches ihnen ihre Menschenrechte nahm, bis es Lenin gelang, diese schweren Ketten zu brechen. Bald stand das ganze Volk hinter ihnen. Da kam der Bürgerkrieg. Unmeniglich hat die „Weiße Garde“ gehaust, aber an dem Volkwerk der Revolutionäre ist sie gezeichnet, und 1921 hatten die unermüdlichen revolutionären Kämpfer gesiegt. Sovjetrußland stand festenfest, weil die Arbeiter und Bauern wußten, dass es um ihre Freiheit ging und weil sie wußten, dass ihr Lenin diese am besten vertreten würde.

Unter dem Jantetregime war Ruhland dasjenige Land, wo der entartete Kapitalismus der ganzen Welt brutal und rücksichtslos herrschte, wo die Arbeiter und Bauern lange Jahre mit der Knute niedergehalten wurden. Ost, unter schweren Umständen, aber von dem Geist eines hohen und heiligen Idealismus getragen, verjüngten sie, diejenigen doch abzuschütteln, welches ihnen ihre Menschenrechte nahm, bis es Lenin gelang, diese schweren Ketten zu brechen. Bald stand das ganze Volk hinter ihnen. Da kam der Bürgerkrieg. Unmeniglich hat die „Weiße Garde“ gehaust, aber an dem Volkwerk der Revolutionäre ist sie gezeichnet, und 1921 hatten die unermüdlichen revolutionären Kämpfer gesiegt. Sovjetrußland stand festenfest, weil die Arbeiter und Bauern wußten, dass es um ihre Freiheit ging und weil sie wußten, dass ihr Lenin diese am besten vertreten würde.

Das, was ich im neuen Ruhland gesehen habe, war für mich überwältigend und erhebend. Ich habe in Ruhland die Grundlage einer sozialistischen Kulturarbeit gefunden und bin wie gewohnt, dass nach weiteren Jahren unermüdlicher Aufbauarbeit die Sowjetunion eine andere Stelle in Europa bzw. der ganzen Welt einnehmen wird, als sie jetzt einnimmt. Jede technische Verbesserung wird erprobt und eingeführt. Fabriken, die lange Jahre hindurch stillstanden, sind im Betrieb. Die alten Maschinen sind zum Teil durch technisch hochwertige ersetzt. Hohe, gefundene Arbeitsschäume zeigen, dass man auch an die Arbeiter denkt. Natürlich kann unmöglich in sechs effektiven Arbeitsjahren der Sozialismus aus dem Boden gestampft werden; aber auf dem Wege zum Sozialismus ist man in Ruhland.

Das Ruhland ist Ruhland ist aber, dass ein jeder den Glauben an seinen Staat und an seine Führer hat. Und dieser Glaube wird dazu beitragen, aus Ruhland ein sozialistisches, kulturell hochstehendes Land zu machen. Diesen Aufbau will, diesen Willen zur tapferen Arbeit finden wir ebenso bei den alten Kämpfern, als bei den Pionieren. Eine Kraft, ein Schenke zur Mitarbeit verkörpert sich in ihnen. Dort beschränkt sich die Jugend nicht darauf, für die Zukunft zu arbeiten, sondern dort haben sie frisch zugegriffen und arbeiten schon am schweren Werk des Aufbaues mit.

Wenn man bedenkt, dass in Ruhland ein furchtbare altes Erbe übernommen werden müsste, wenn man an den Krieg und den Bürgerkrieg denkt, und wenn man sich die große Hungersnot vergegenwärtigt, dann muss man anerkennen, dass Ruhland eine Riesenarbeit geleistet hat. Diese Riesenarbeit ist aber nur zum Wohl der Arbeiter und Bauern geschehen. Und das wird anerkannt dadurch, dass alle mitarbeiten am großen Werk, und dadurch, dass sie jetzt alle voller Lebensfreude sind, geht das Werk auch mit Riesenschritten vorwärts. Trotz aller Blödsinn durch andere Länder wird dieses Werk nicht untergehen. Die Machenschaften der kapitalistischen Länder werden an dem eisernen Willen der russischen Arbeiter und Bauern zerstört.

Für uns deutsche Arbeiter ist es aber eine Lebensnotwendigkeit, dass wir uns mit unseren russischen Arbeitsbrüder eng verbinden. Wenn diese Verbindung erfolgt ist, wird der gesamte internationale Zusammenhalt nicht mehr fern sein. Es gilt deshalb, dass das deutsche Volk, die deutschen Arbeiter und Bauern erkennen, dass wir nicht nur einen revolutionären Kampf innerhalb unseres Landes zu führen haben, sondern dass wir die diesen Kampf auch international gestalten müssen, zum Wohl des Proletariats der ganzen Welt. Wenn wir das befolgen, dann sind wir Kämpfer für die Revolution und für die proletarische Einheitsfront. Unterwegs muss nach Osten gehen, dem ersten Staat der Welt, wo die rote Fahne, unter Freiheitssymbol, gesiegt hat.

## Gewerkschaftsbureaufräte als Unternehmernknechte

Der Angeklagte Herr gibt Anweisung zur Entlastung

Pirna. Zur Verhandlung steht die Klage auf Wiedereinstellung des Bauarbeiters Paul Rohnstock gegen die Firma Baumleiter Hantsch, Pirna-Cöph. Rohnstock war vom Arbeiterschaftsrecht der Firma Hantsch in das Hochwassergetebt vermittelt worden. Von der Arbeiterschaft wurde R. mit verschiedenen Kollegen zum Delegierten gewählt, die gewählten Delegierten bestimmten R. als Obmann. Bestätigt wurde R. vom Baugewerksbund und Baumeister Hantsch. Auch wurde R. vom Delegiertenausschuss vom Baugewerksbund zugestellt. Im Laufe der Zeit hatte die Arbeiterschaft wiederholte Differenzen mit den Unternehmern, die Rohnstock als Delegierter zu vertreten hatte. Der Baugewerksbund lehnte einen



Dann hilft sie das Rote Deutschland bauen

genannten Verbindungsmanne ein, nicht zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft, sondern im Interesse des Unternehmers. Folgende Beweise sollen dafür dienen: Der Verbindungsmanne J. sollte die Wünsche und die Differenzen, die zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern bestanden, dem Baugewerksbund übermitteln. J. mahlte aber gerade das Gegenteil und stellte die Delegierten, unter anderen auch Rohnstock, als Streikheuer und Bummelanten beim Baugewerksbund und Rohnstock als Ruhland als Kommunist bekannt war, eine gefundene Handbahn, um Rohnstock den Delegiertenausschuss zu entziehen. R. weigerte sich, als Delegierter zurückzutreten, da er sich keines Verstoßes gegen die Satzungen des Baugewerksbund bewusst war. Da R. sich weigerte, den Ausweis abzugeben, hatte der Zahlstellenleiter Herr vom Baugewerksbund nichts Giligeres zu tun, als den Baumeister Hantsch anzuweisen, um ihm die Mietteilung zu machen, das R. als Delegierter nicht mehr in Frage kommt und auch der geplanten Entlassung nichts mehr im Wege steht. Ein paar Tage später wurde R. entlassen. Darauf führte Rohnstock beim Arbeitsgericht Pirna Klage auf Wiedereinstellung. In der Einstigungsverhandlung muhten wir feststellen, dass sich Baumeister Hantsch in allen Sachen auf den Arbeitersvertreter Herr, sowie auf das Ruhland berief. Herr Baumeister Hantsch erklärte, es liegen Anweisungen vom Ministerium vor, verschiedene radikale Elemente zu entfernen. Ein Beweis dafür, dass Herr in der Sache nicht ganz rein war, ist der, dass er von Baumeister Hantsch sogar als sein persönlicher Zeuge benannt war. Eine Einigung kam nicht zustande. In der daraus folgenden Verhandlung mit Beispielen muhtie Rohnstock, dass er Rohnstock nicht das geringste nachsagen könnte. Gewerkschaftsbeamter Herr berichtet als Zeuge, dass Rohnstock als Delegierter den ganzen Tag mit dem Attentächer herumgelaufen sei und zum Streit aufgehetzt habe. Wir (der Baugewerksbund) waren durch Sonderabstimmung den Unternehmern verantwortlich, dass gewissen Leuten die Säume nicht in den Himmel wachsen. Die Klage wurde abgewiesen. In der Begründung wurde gesagt, dass Baumeister Hantsch nicht der Schuldige sei, sondern auf Anweisung des Baugewerksbundes gehandelt habe.